



## Analyse des Budgetdienstes

*(gekürzt zum Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen)*

## Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 31. März 2015 (71/BA)

### Zusammenfassung

Der Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrollings zum 31. März 2015 umfasst 106 Unternehmen, an denen der Bund direkt oder indirekt mehrheitlich beteiligt ist. Gegenüber dem Vorbericht zum 30. September 2014 erfolgten dabei gesellschaftsrechtliche Änderungen im Zusammenhang mit der Abwicklung der Hypo-Alpe-Adria AG (Errichtung der zu 100 % im Eigentum des Bundes stehenden Gesellschaften: Abbaugesellschaft HETA Asset Resolution AG, Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A. (Italien-Tochter), HBI Bundesholding AG (Holdinggesellschaft zur Verwaltung und Verwertung der Anteile an der Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A) und ABBAG (Abbaubeteiligungsgesellschaft des Bundes). Neu in den Bericht aufgenommen wurden die Verpackungskoordinierungsstelle gemeinnützige Gesellschaft mbH (Beteiligung der Umweltbundesamt GmbH), die auftrag.at Ausschreibungsservice GmbH wurde mit der Wiener Zeitung Digitale Publikationen GmbH verschmolzen.

- Die Ergebnisse aller Gesamtkennzahlen werden wesentlich durch die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Abwicklung und Verwertung der früheren Hypo-Alpe-Adria AG und der Kommunalkredit AG geprägt, die in der UG 46-Finanzmarktstabilität ausgewiesen und in der Analyse des Budgetdienstes in einem eigenen Abschnitt behandelt werden (die im Bericht enthaltenen Angaben zum Beteiligungs- und Finanzcontrolling der HETA Asset Resolution AG sind bereits veraltet oder fehlen). Insbesondere der Vorjahresvergleich bei den Ergebniskennzahlen ist dadurch verzerrt.



- Die Eigenmittel der vom Bericht umfassten Unternehmen entwickelten sich im Vergleichszeitraum stark rückläufig und betrugen mit 12,4 Mrd. EUR um 3,4 Mrd. EUR (-21,3 %) weniger als im 1. Quartal 2014. Dieser markante Rückgang ist auf die HETA Asset Resolution AG zurückzuführen.
- Der kumulierte Beschäftigungsstand der berichtspflichtigen Unternehmen lag zum Stichtag 31. März 2015 bei 102.929 VBÄs, das sind um 753 VBÄs (0,7 %) mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. In der Projektion auf das Gesamtjahr wird mit 103.524 VBÄs gerechnet, was einer Steigerung von 1.057 VBÄs (1,0 %) gegenüber dem Vorjahreswert entspricht. In Absolutwerten am stärksten ist die Beschäftigung in der UG 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere bei den Universitäten) mit 687 VBÄ (2,0 %) gewachsen.
- Mehr als die Hälfte der Umsatzerlöse werden in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie erwirtschaftet, rund ein Viertel entfällt auf die UG 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere Universitäten), wo die Umsätze im 1. Quartal im Vorjahresvergleich um 47,0 Mio. EUR oder 5,0 % angestiegen sind.
- Der Risikowert sämtlicher von diesem Bericht umfassten Unternehmen belief sich zum Stichtag 31. März 2015 auf 623,5 Mio. EUR aus Finanzinstrumenten und 1,1 Mrd. EUR aus Ereignisrisiken. Für die höchsten Risiken im Zusammenhang mit dem Abbau der HETA Asset Resolution AG waren jedoch keine Werte ausgewiesen.
- Bei mehreren Kennzahlen war der Anstieg bei der Justizbetreuungsagentur auffällig, der auf den Vollausbau der Familiengerichtshilfe und die Verrechnung zusätzlichen Personals im Strafvollzug zurückzuführen ist. Am Beispiel der Justizbetreuungsagentur kritisierte der Rechnungshof (Reihe Bund 2014/7) die Praxis der Verschiebungen von Personalaufwendungen durch Personalleasing in den Sachaufwand und stellte fest, dass dadurch der Personalplan des Bundes seine Steuerungsfunktion verliert.
- Die Auszahlungen des Bundes nahmen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 112,3 Mio. EUR (4,0 %) auf 2,9 Mrd. EUR zu. In der Jahresvorschau für 2015 wird mit einem Rückgang um 535,2 Mio. EUR (-4,5 %) auf 11,4 Mrd. EUR gerechnet (die Gesamtauszahlungen des Bundes betragen 2015 voraussichtlich rd. 74,7 Mrd. EUR).
- Die Einzahlungen stiegen im selben Zeitraum um 37,6 Mio. EUR (13,5 %) auf 317,1 Mio. EUR. Für das Gesamtjahr 2015 wird mit einer Reduktion der Einzahlungen von -89,7 Mio. EUR (-5,0 %) auf 1,7 Mrd. EUR gerechnet.



- Der Stand der Haftungen des Bundes belief sich im 1. Quartal 2015 auf 33,4 Mrd. EUR und lag somit um 1 Mrd. EUR (3,1 %) über dem Vergleichswert des Vorjahres. Für das Gesamtjahr 2015 wird mit einem Rückgang um -622,7 Mio. EUR (-1,9 %) gerechnet. Die Höhe der Haftungen des Bundes für die berichtspflichtigen Betriebe entspricht rd. 35,4 % der Gesamthaftungen des Bundes.
- Qualität und Aussagekraft des Berichts hat sich gegenüber den Vorberichten deutlich gesteigert. Er sollte jedoch vermehrt Angaben zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen und zu den Risiken für den Bundeshaushalt aufweisen. Das BMF sollte auf einheitlichere Qualitätsstandards bei weiterhin abgestufter Berichtsintensität hinwirken.
- Eine Verschiebung der Stichtage für die Erstellung des Berichts von 31. März und 30. September auf 30. Juni und 31. Dezember wäre im Hinblick auf die Aussagekraft und den Nutzen der publizierten Zahlenwerke von Vorteil.

## Ergebnisse des Beteiligungscontrollings

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Gesamtergebnisse des Beteiligungscontrollings, wobei die Werte für das 1. Quartal 2015 mit dem Quartalsergebnis des Vorjahres verglichen und die Vorschauwerte für das Gesamtjahr 2015 den Vorjahreswerten und den Planwerten 2015 gegenübergestellt werden:

### Beteiligungscontrolling

Kennzahl	1. Quartal			Gesamtjahr					
	2014	2015	Differenz	2014	2015		Differenz Vorschau 2015 zu		
	<i>in Mio. EUR</i>	IST	IST	Vorjahr	Plan	Vorschau	Plan 2015	Vorjahr 2014	
Eigenmittel	15.775,45	12.420,34	-21,27%	12.070,98	17.298,01	17.312,13	0,08%	43,42%	
Umsatzerlöse	4.005,23	4.061,72	1,41%	16.456,43	16.893,54	16.904,52	0,06%	2,72%	
Beschäftigte	<i>in VBÄ</i>	102.175	102.929	0,74%	102.467	103.425	103.524	0,10%	1,03%
Personalaufwand		1.677,63	1.739,95	3,71%	6.831,04	6.922,83	6.918,64	-0,06%	1,28%
Personalaufwand pro MA*	<i>in tsd. EUR</i>	16,42	16,90	2,96%	66,67	66,94	66,83	-0,16%	0,25%
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)		499,86	451,18	-9,74%	-4.927,02	1.475,70	1.486,60	0,74%	130,17%
Cash flow aus dem Ergebnis		686,00	1.389,94	102,62%	-2.258,32	2.382,19	2.383,58	0,06%	205,55%
Risikowert		1.494,66	1.753,92		Risikowerte nur quartalsweise verfügbar				
Risikodeckung durch Eigenmittel	<i>in %</i>	1055,4%	708,1%						

\* Der Personalaufwand pro MitarbeiterIn ist im Controllingbericht des BMF offensichtlich unrichtig und deutlich zu hoch ausgewiesen (Summenbildung statt Durchschnitt pro MitarbeiterIn). Der Budgetdienst hat den Wert daher entsprechend korrigiert.

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 31. März 2015

Die Ergebnisse aller Gesamtkennzahlen werden wesentlich durch die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Abwicklung und Verwertung der früheren Hypo-Alpe-Adria AG und der Kommunalkredit AG geprägt, die in der UG 46-Finanzmarktstabilität ausgewiesen sind.



In den nachfolgenden Darstellungen werden insbesondere jene Unternehmen hervorgehoben, die für Kennzahlenveränderungen hauptverantwortlich sind.

## **Eigenmittel**

Die Eigenmittel der vom Bericht umfassten Unternehmen entwickelten sich im Vergleichszeitraum stark rückläufig und betrugen mit 12,4 Mrd. EUR um 3,4 Mrd. EUR (-21,3 %) weniger als im 1. Quartal 2014. Dieser markante Rückgang ist auf die HETA Asset Resolution AG zurückzuführen, bei der die Eigenmittel aufgrund des hohen Jahresfehlbetrags für 2014, der sich aus der Umstellung von der Going-Concern auf die Gone-Concern-Bewertungsmethodik ergeben hat, gesunken sind. Teilweise ausgeglichen wurde diese Entwicklung durch Zuwächse insbesondere in den UGs 41-Verkehr, Innovation und Technologie und 40-Wirtschaft. Die Zuwächse ergeben sich in erster Linie bei der Autobahnen- und Schnellstraßen-Finanzierungs AG (ASFINAG), der ÖBB und der Bundesimmobilien GmbH.

Der im Planwert für 2015 ausgewiesene Anstieg bei den kumulierten Eigenmitteln um 5,2 Mrd. EUR (43,4 %) gegenüber dem Vorjahreswert auf 17,3 Mrd. EUR ist wesentlich verzerrt, weil für die deutlich negative HETA Asset Resolution AG wegen der damals noch laufenden Asset Quality Review kein Planwert ausgewiesen wurde und diese daher nicht in die Gesamtsumme eingegangen ist.

## **Umsatzerlöse**

Die Umsatzerlöse der berichtspflichtigen Unternehmen steigen im 1. Quartal 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum geringfügig um 56,5 Mio. EUR (1,4 %) auf insgesamt 4,1 Mrd. EUR, in der Gesamtjahressicht wird mit einem Zuwachs von 448,1 Mio. EUR (2,7 %) gerechnet. Mehr als die Hälfte der Umsatzerlöse werden in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie erwirtschaftet, die sich zwar im 1. Quartal leicht rückläufig (-0,4 %) entwickelt hat, in der Jahresvorschau wird allerdings ein Anstieg von 323,4 Mio. EUR (3,6 %) auf 9,3 Mrd. EUR ausgewiesen. Rund ein Viertel der Umsatzerlöse entfällt auf die UG 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere Universitäten), wo die Umsätze im 1. Quartal im Vorjahresvergleich um 47,0 Mio. EUR oder 5,0 % angestiegen sind. Deutliche Umsatzzuwächse verzeichnete die Justizbetreuungsagentur (Vollausbau der Familiengerichtshilfe und der Verrechnung des zusätzlichen Personals im Strafvollzug) und die Austrian Development Agency ADA (höhere Erträge aus Leistungen an Dritte), die allerdings für den Gesamtwert unmaßgeblich waren.



## Personalkennzahlen

### Beschäftigte

Der kumulierte Beschäftigungsstand der berichtspflichtigen Unternehmen lag zum Stichtag 31. März 2015 bei 102.929 VBÄs, das sind um 753 VBÄs (0,7 %) mehr als im Vergleichszeitraum des Vorjahrs. In der Projektion auf das Gesamtjahr wird mit 103.524 VBÄs gerechnet, was einer Steigerung von 1.057 VBÄs (1,0 %) gegenüber dem Vorjahreswert und um 99 VBÄs gegenüber dem Planwert für 2015 entspricht.

In Absolutwerten am stärksten ist die Beschäftigung in der UG 31-Wissenschaft und Forschung (insbesondere bei den Universitäten) mit 687 VBÄ (2,0 %) gewachsen. Beim AMS beträgt der Personalanstieg 209 VBÄ (4,2 %) auf 5.241 VBÄs. Den höchsten prozentuellen Zuwachs im 1. Quartal 2015 verzeichnete die Justizbetreuungsagentur, die ihre Tätigkeit stark ausgeweitet hat, mit 25,7 % bzw. 90 VBÄs auf 440 VBÄ. Ein deutlicher Rückgang erfolgte hingegen in der UG 41–Verkehr, Innovation und Technologie mit -462 VBÄs (-1,0 %), der zur Gänze auf die Österreichische Bundesbahnen-Holding AG (ÖBB) zurückzuführen ist.

### Personalaufwand

Der Personalaufwand ist im 1. Quartal 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 um 62,3 Mio. EUR (3,7 %) auf rd. 1,7 Mrd. EUR gestiegen. Für das Gesamtjahr 2015 soll der Personalaufwand im Vorjahresvergleich um 1,3 % auf 6,9 Mrd. EUR zunehmen.

Auch hier verzeichnete die Justizbetreuungsagentur den höchsten prozentuellen Zuwachs im 1. Quartal 2015 mit einem Plus von 21,3 %, im Jahresvergleich wird ein Zuwachs von 47,8 % oder 10,4 Mio. EUR erwartet. Der absolut größte Zuwachs mit 20,6 Mio. EUR (3,1 %) findet sich in der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie, wobei hier der größte Anteil auf die ÖBB entfällt.



Als problematisch erscheint die Praxis Personalaufwendungen durch Personalleasing in den Sachaufwand zu verschieben. Das kritisierte der Rechnungshof am Beispiel der Justizbetreuungsagentur (Reihe Bund 2014/7) und stellt fest, dass durch diese Praxis der Personalplan des Bundes seine Steuerungsfunktion verliert.

### **Personalaufwand pro MitarbeiterIn**

Beim Personalaufwand je MitarbeiterIn werden im Bericht des BMF falsche Gesamtbeträge ausgewiesen, da offensichtlich die Summe statt des Durchschnitts gebildet wurde. Die Zahlen der einzelnen Untergliederungen und Unternehmen sind jedoch plausibel.

Tatsächlich steigt der Aufwand je MitarbeiterIn im 1. Quartal 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 485 EUR (2,96 %) auf 16.904 EUR. Für das Gesamtjahr wird von einem geringfügigen Anstieg um 166 EUR (0,25 %) auf 66.831 EUR je MitarbeiterIn ausgegangen.

Die prozentuell höchsten Zuwächse verzeichnet die Österreichische Agentur für Gesundheit und Ernährungssicherheit GmbH (AGES) mit 8,9 %, den prozentuell höchsten Rückgang die UG 46-Finanzmarktstabilität mit 14,2 % für die HETA Asset Resolution AG.

### **Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand**

Das BMF ersuchte die berichtspflichtigen Unternehmen um Mitteilung, inwieweit aufgrund von Outsourcing Personalkosten im Sachaufwand enthalten sind. Gegenüber dem vorherigen Bericht hat sich die Anzahl der Betriebe, die eine diesbezügliche Angabe in diesem Bericht abgegeben haben, von 2 auf 43 erhöht. Die angegebenen Beträge erhöhten sich dadurch von 33.000 EUR auf 33,5 Mio. EUR. Den höchsten diesbezüglichen Aufwand tätigt die Österreichische Bundesbahnen-Holding AG gefolgt von der Medizinischen Universität Graz und der Wirtschaftsuniversität Wien. Weiters haben einige Betriebe angegeben, dass sie im Bereich ihrer Kernkompetenz kein Outsourcing durchgeführt haben.

### **Ergebnis- und Risikokennzahlen**

#### **Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (EGT)**

Das EGT wird insbesondere von den Unternehmen der UG 40-Wirtschaft (z.B. Bundesimmobilien GmbH) und der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie (z.B. ASFINAG, ÖBB) erwirtschaftet, deren Anteil am Gesamtergebnis fast 90 % aller berichtspflichtigen Betriebe beträgt. In der Jahresprojektion erwarten diese Unternehmen einen leichten Rückgang um 8,1 Mio. EUR (-0,6 %). Die UG 32-Kunst und Kultur



verzeichnete eine Steigerung von 9,3 Mio. EUR (75,9 %), der größte Teil geht auf Einnahmen aus Immobilienverkäufen der ART for ART Theaterservice GmbH zurück.

Im Jahresvergleich schlägt jedoch das negative Vorjahresergebnis der Hypo-Alpe-Adria AG auf die Gesamtsumme durch und erklärt den für 2015 erwarteten Anstieg.

### **Cash Flow**

Deutlich positiv entwickelte sich der Cash Flow mit einer Steigerung von 703,9 Mio. EUR (102,6 %) auf 1,4 Mrd. EUR im 1. Quartal 2015 gegenüber dem 1. Quartal 2014. Für das Gesamtjahr 2015 wird mit einem Anstieg von 4,6 Mrd. EUR (205,6 %) gerechnet, wobei dieser zur Gänze auf das negative Vorjahresergebnis der HETA Asset Resolution AG zurückzuführen ist.

Der deutlichste Rückgang gegenüber 2014 wird in der UG 31-Wissenschaft und Forschung mit -126,5 Mio. EUR (-49,8 %) erwartet, wobei dieser bei der Medizinischen Universität Wien am höchsten ausfallen soll.

### **Risikowert**

Der Risikowert zum Berichtszeitpunkt setzt sich aus Ereignisrisiken und Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten zusammen und ist das Produkt aus dem Risikopotenzial und der Eintrittswahrscheinlichkeit oder das mittels einer besonderen Methode (insbesondere der Kreditinstitute) ermittelte Risiko. Bereits schlagend gewordene Risiken sind in den Daten des Beteiligungs- und Finanzcontrolling berücksichtigt und daher im Risikowert nicht mehr enthalten.

Der Risikowert sämtlicher von diesem Bericht umfassten Unternehmen belief sich zum Stichtag 31. März 2015 auf 623,5 Mio. EUR aus Finanzinstrumenten und 1,1 Mrd. EUR aus Ereignisrisiken. Der mit Abstand höchste Anteil an den Risiken wird im Bereich der UG 46-Finanzmarktstabilität mit rd. 706,3 Mio. EUR ausgewiesen. Die höchsten Risiken in der UG 46 fehlen jedoch; laut Bericht besteht im Zusammenhang mit dem Abbau der HETA Asset Resolution AG das substantiellste Risikopotential in der Abweichung von festgelegten Verwertungserfolgen bzw. Rückflüssen im Rahmen der Umsetzung des Wind-Down Plans. Da diese Quantifizierung noch nicht abgeschlossen sei, wurde seitens der HETA Asset Resolution AG von der Darstellung eines Risikowertes abgesehen.

Es ist anzumerken, dass die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie den Risikowert aus Finanzinstrumenten in den Detailergebnissen auf Unternehmensebene nicht ausweist. Da dieser Risikowert lt. Bericht 237,2 Mio. EUR beträgt, sollte dieser in künftigen Berichten auch



auf Unternehmensebene berücksichtigt werden.

## Ergebnisse des Finanzcontrollings

Die nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Gesamtergebnisse des Finanzcontrollings in der gleichen Systematik wie beim Beteiligungscontrolling:

### Finanzcontrolling

Kennzahl <i>in Mio. EUR</i>	1. Quartal			Gesamtjahr				
	2014	2015	Differenz	2014	2015		Differenz Vorschau 2015 zu	
	IST	IST		Vorjahr	Plan	Vorschau	Plan 2015	Vorjahr 2014
Auszahlungen Bund	2.774,49	2.886,77	4,05%	11.890,41	11.350,80	11.355,25	0,04%	-4,50%
Einzahlungen Bund	279,51	317,12	13,46%	1.790,64	1.637,75	1.700,92	3,86%	-5,01%
Haftungen Bund	32.407,79	33.403,56	3,07%	33.419,25	33.133,54	32.796,54	-1,02%	-1,86%

Quelle: Beteiligungs- und Finanzcontrollingbericht des BMF zum Stichtag 31. März 2015

### Auszahlungen des Bundes

Die Auszahlungen des Bundes nahmen im Berichtszeitraum gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um 112,3 Mio. EUR (4,0 %) auf 2,9 Mrd. EUR zu. In der Jahresvorschau für 2015 wird mit einem Rückgang um 535,2 Mio. EUR (-4,5 %) auf 11,4 Mrd. EUR gerechnet (die Gesamtauszahlungen des Bundes betragen rd. 74,7 Mrd. EUR).

Mit einem Volumen von 1,4 Mrd. EUR (48,3 % der Gesamtauszahlungen) ist die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie im Berichtszeitraum die mit Abstand größte UG, wobei rd. 86 % oder 1,2 Mrd. EUR auf Auszahlungen für die Österreichische Bundesbahnen-Holding AG (ÖBB) entfallen. Im Vergleichszeitraum nahmen die Auszahlungen an die ÖBB um 71,9 Mio. EUR (6,4 %) zu. Der größte Rückgang mit 6,4 Mio. EUR (-11,6 %) war in der UG 45-Bundesvermögen zu verzeichnen und entfiel mit 3,8 Mio. EUR (-35,4 %) überwiegend auf die Buchhaltungsagentur, was mit geringeren Zahlungen seitens der Kunden der BHAG begründet wird.





## **Einzahlungen an den Bund**

Die Einzahlungen stiegen im Vergleichszeitraum um 37,6 Mio. EUR (13,5 %) auf 317,1 Mio. EUR. Für das Gesamtjahr 2015 wird mit einer Reduktion der Einzahlungen von -89,7 Mio. EUR (-5,0 %) auf 1,7 Mrd. EUR gerechnet.

Das größte Volumen an Einzahlungen mit einem Betrag von 151,7 Mio. EUR (Steigerung von 55,9 Mio. EUR bzw. 58,4 %) betrifft die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie. Stark rückläufig entwickeln sich die Einzahlungen der UG 14-Militärische Angelegenheiten und Sport wo die Einzahlungen im 1. Quartal 2015 gegenüber dem Vergleichszeitraum 2014 von 25,5 Mio. EUR auf 8,5 Mio. EUR (-66,5 %) zurückgehen, was auf nicht realisierte Verkaufserlöse im 1. Quartal 2015 zurückzuführen ist. Im Gesamtjahr wird mit einer Steigerung von 9,5 Mio. EUR (26,1 %) gegenüber dem Vorjahr gerechnet.

## **Haftungen**

Die Haftungen des Bundes für die Beteiligungsunternehmen stiegen im 1. Quartal 2015 gegenüber dem 1. Quartal 2014 um 995,8 Mio. EUR (3,1 %) auf 33,4 Mrd. EUR und umfassen damit rd. 35,4 % der Gesamthaftungen des Bundes. Die größte Steigerung betrifft die UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie, in der die Haftungen von 26,8 Mrd. EUR um 1,4 Mrd. EUR (5,1 %) auf 28,2 Mrd. EUR zunahmen, den größten Anteil verzeichnet die ÖBB mit einer Steigerung um 803,7 Mio. EUR (5 %), der verbleibende Anteil von 561,1 Mio. EUR (5,3 %) entfällt auf Haftungen für die ASFINAG.

Im Jahresvergleich sollen die Haftungen 2015 gegenüber 2014 um 622,7 Mio. EUR (-1,9 %) zurückgehen. Der größte Rückgang soll in der UG 46-Finanzmarktstabilität mit 1,2 Mrd. EUR (-28,5 %) erfolgen. In der UG 41-Verkehr, Innovation und Technologie wird mit einer Steigerung von 563,5 Mio. EUR (2,0 %) gerechnet.



## UG 46–Finanzmarktstabilität

Da in der UG 46-Finanzmarktstabilität mit den verstaatlichen Banken die stärksten Veränderungen zu verzeichnen waren, wird diese gesondert betrachtet.

### **HETA, ABBAG, HBI Bundesholding AG, Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A.**

Per 1. November 2014 wurde die Hypo-Alpe-Adria AG zur Abwicklungsgesellschaft HETA Asset Resolution AG und gehört damit gemäß ESVG 2010 zum Sektor Staat. Ende 2014 erfolgte der Verkauf des Südosteuropa-Netzwerks der Hypo-Alpe-Adria Bank International AG an ein internationales Konsortium. Die italienische Tochterbank Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A. wurde im Herbst 2014 an die dafür gegründete Bundesholdinggesellschaft HBI übertragen und soll abgebaut werden.

Auf Basis einer für die Bilanzerstellung 2014 erstellten Vermögensbewertung (Asset Quality Review) und dem sich daraus ergebenden Wertberichtigungsbedarf bis zu 8,7 Mrd. EUR entschied sich die Bundesregierung gegen weitere eigenmittelstützende Maßnahmen. Daraufhin leitete die Finanzmarktaufsicht (FMA) am 1. März 2015 auf Grundlage des seit 1. Jänner 2015 geltenden Bundesgesetzes über die Sanierung und Abwicklung von Banken (BaSAG) die Abwicklung der HETA Asset Resolution AG (vormals Hypo-Alpe-Adria AG) ein und stundete die Fälligkeit von Verbindlichkeiten bis zum 31. Mai 2016. Die Differenz zwischen Vermögenswerten und Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG erhöhte als einmaliger kalkulatorischer Vermögens- und Kapitaltransfer das öffentliche Defizit 2014 um 4,5 Mrd. EUR (750 Mio. EUR für eine Kapitalerhöhung im April 2014 und ein kalkulatorischer Kapitaltransfer iHv 3,8 Mrd. EUR). Die Verbindlichkeiten der HETA Asset Resolution AG erhöhen den Schuldenstand des Bundes um 13,4 Mrd. EUR.

Sowohl der Mandatsbescheid der FMA als auch die Beurteilung der Maastricht-Defizitwirksamkeit basierten auf vorläufigen Ergebnissen. Aufgrund einer längeren Dauer der Vermögensbewertung konnte die Erstellung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses nicht fristgerecht bis Ende April 2015 erfolgen und verzögerte sich schließlich bis Mitte Juni 2015. Laut Einzelabschluss wird für das Jahr 2014 ein Jahresfehlbetrag von -7,9 Mrd. Euro ausgewiesen. Damit sind die im Bericht über die Ergebnisse des Beteiligungs- und Finanzcontrolling für das 1. Quartal 2015 ausgewiesenen negativen Eigenmittel jedenfalls zu gering.



Auch die im Bericht enthaltenen Angaben zum Finanzcontrolling der HETA Asset Resolution AG sind bereits veraltet bzw. inkonsistent. So belaufen sich die Auszahlungen des Bundes laut Plan und Vorschau auf null. Seit der mittelfristigen Budgetplanung bzw. dem Bericht zum Budgetcontrolling geht das Bundesministerium für Finanzen von höheren Auszahlungen in der UG 46-Finanzmarktstabilität bis zu 1,3 Mrd. EUR aus, wovon 1 Mrd. EUR auf die Haftung des Bundes für die Nachrangdarlehen der früheren Hypo-Alpe-Adria AG bzw. HETA Asset Resolution AG sowie 300 Mio. EUR auf sonstige Haftungen des Bundes entfallen sollen. Während in der Tabelle zur HETA Asset Resolution AG die Haftung des Bundes iHv 1,2 Mrd. EUR laut Plan und Vorschau auf null sinkt, bleiben laut Kommentar zum Finanzcontrolling die Haftungen im Planjahr stabil. Weitere Risiken drohen bei der Hypo-Alpe-Adria Bank S.p.A.. Laut Bericht ist der Jahresabschluss 2014 noch nicht finalisiert, es gäbe Hinweise auf einen weiteren Wertberichtigungsbedarf des Kreditportfolios.

### **Kommunalkredit AG und KA Finanz AG**

Keine weiteren Auszahlungen des Bundes sind 2015 laut Bericht für die Kommunalkredit AG bzw. die KA Finanz AG vorgesehen. Gemäß dem 2013 genehmigten Abbauplan wird die Kommunalkredit AG bis 2040 abgewickelt. Im März 2015 wurden Teile der Kommunalkredit AG an eine private Investorengruppe veräußert, der Prozess soll im Sommer 2015 abgeschlossen werden. Der verbleibende Teil wird im Laufe des Jahres 2015 mit der im Staatsbesitz stehenden Abbaueinheit KA Finanz AG verschmolzen.

### **Weiterentwicklung und Erhöhung der Aussagekraft des Berichts**

Es ist generell festzustellen, dass die Qualität und Aussagekraft des Berichts gegenüber den Vorberichten deutlich besser geworden ist. Wünschenswert wäre die Übermittlung einer auswertbaren elektronischen Fassung aller tabellarischen Übersichten (Aggregate sowie Einzelunternehmen), um Kontrollen und Analysen leichter durchführen zu können. Eine Verschiebung der Stichtage für die Erstellung des Berichts von 31. März und 30. September auf 30. Juni und 31. Dezember wäre im Hinblick auf die Aussagekraft und den Nutzen der publizierten Zahlenwerke von Vorteil.

Im aktuellen Bericht wurden die Schlussfolgerungen des BMF erweitert. Diese sollten künftig vermehrt Aussagen zu den aufgrund des Beteiligungs- und Finanzcontrollings getroffenen Maßnahmen enthalten und auf etwaige Risiken für den Bundeshaushalt eingehen.



Die inhaltlichen Erläuterungen zum Beteiligungscontrolling der Einzelunternehmen sind vom Informationsgehalt her noch sehr unterschiedlich. Das BMF sollte auf einheitlichere Qualitätsstandards bei weiterhin abgestufter Berichtsintensität hinwirken. Beispielsweise enthielten die Darstellungen nur teilweise Angaben zum Outsourcing von Personalkosten in den Sachaufwand. Auf Probleme im Bereich der Bundesmuseen hat das BMF selbst hingewiesen.

Der ausgewiesene Risikowert sollte bei hohen Beträgen oder deutlichen Veränderungen (z.B. in der UG 46-Finanzmarktstabilität) näher erläutert werden.